

BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2022



- * 12 Wahlen - Wählen mit Köpfchen *
- * 18 Rohstoff - Opposition in Krisenzeiten *
- * 20 Grüne Schweiz - Die GRÜNEN im Wandel *
- * 21 Grünspecht - Sie verstehen Putin *
- * 24 Nationalrat - Genozid anerkennen *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Zäme für Zuekunft

4 Wahlen Gemeinderat

Green for President

5 Wahlen Gemeinderat

Grün für Steinhausen

6 Wahlen Gemeinderat

Grün für Menzingen

7 Wahlen Gemeinderat

Grün für Risch-Rotkreuz

8 Wahlen Gemeinderat

Grün für Hünenberg

9 Wahlen Gemeinderat

Grün für Oberägeri

10 Wahlen Gemeinderat

Grün für Unterägeri

11 Wahlen Gemeinderat

Grün für Baar

12 Wahlen Kantonsrat

Wählen mit Köpfchen

17 Wahlen

Wirkungsvoll wählen

18 Rohstoff

Opposition in Krisenzeiten

20 Politik

Die GRÜNEN im Wandel

21 Grünspecht

Sie verstehen Putin

22 Demokratie

Dorn im Auge

23 Vision Risch-Rotkreuz

Mit-Wirkung

24 Nationalrat

Genozid anerkennen

25 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Umschlagsbild: Tabea Zimmermann Gibson, Kandidatin der Alternative – die Grünen für den Regierungsrat des Kantons Zug, Foto: Sissi Matzner

Zäme für Zuekunft

Tabea Zimmermann Gibson, Regierungsratskandidatin der Alternativen – die Grünen



Als Kantonsschullehrerin weiss ich, dass Fortschritte machen nur mit viel Einsatz geht und dass sich Investitionen in die Zukunft lohnen. Ich will mich dafür einsetzen, dass der Kanton Zug in den Fortschritt für alle investiert. Ich will Verantwortung übernehmen und unseren Kanton nachhaltig mitgestalten: für die Klimawende, bezahlbares Wohnen, Chancengerechtigkeit und für ein verantwortungsvolles Zug. Die bürgerliche Kantonsregierung betreibt seit Jahren ein Treten an Ort. De facto wird so Fortschritt für die ZugerInnen verhindert: Anstatt die Zukunft aktiv zu gestalten, lehnt man sich zurück und überlässt unseren Kanton der Wirtschaft und deren einseitigen Bedürfnissen. In Folge müssen nicht nur Familien von Zug wegziehen, weil sie die Mietpreise hier nicht mehr bezahlen können, sondern auch ältere Menschen, die ihr ganzes Leben hier gewohnt

haben. Für die Wohlhabendsten und Bestverdienenden plant die Zuger Regierung Steuer geschenke für nächstes Jahr, während bei der Solidarität und den schwächer Gestellten geknausert wird. Aktuell scheinen Profite wichtiger als unsere langfristigen Lebensgrundlagen. Der Lärm in den Städten steigt und die dortige Aufenthaltsqualität sinkt. Ideen für die Mobilitätsentwicklung basieren immer noch auf Strategien aus den 70er-Jahren: mehr Strassen, mehr Tunnels, mehr Autobahn. Wohnen in Zug wird immer teurer. Armut gibt's, ist aber unsichtbar. Alle sprechen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch lassen die tatsächlichen Betreuungskosten und -angebote diese Idee oft als Fantasiegespinnst erscheinen. Man wehrt sich mit Händen und Füssen gegen ein Büro für Gleichstellung, obwohl man selber über keine Expertise im Bereich der Chancengerechtigkeit verfügt. Ich will mich einsetzen für ein nachhaltiges Zug, das allen eine gute Lebensgrundlage bietet. Wir müssen uns dafür engagieren, dass der soziale Zusammenhalt wieder stärker wird und dass man nicht nur an die eigenen Bedürfnisse denkt. Als Präsidentin der Nachbarschaftshilfe KISS Genossenschaft Zug mache ich dies seit Jahren. Es ist bereichernd und höchst motivierend zu sehen, wie wir vor Ort unser soziales Netz stärken können, was zu ganz viel

positiver Energie und vielen neuen Freundschaften führt. Wir können mit voller Kraft und einem innovativen Energiegesetz den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorantreiben. Wir haben das Geld, um mit grosszügigen finanziellen Mitteln erneuerbare Heiz- und Kühlsysteme wie auch die energetische Sanierung von Häusern und klimaschonendes Bauen zu fördern. Zu einer zukunftsgerichteten Klima- und Energiestrategie gehört auch ein Mobilitätskonzept. Vor Jahren war die Stadtbahn ein innovatives Mobilitätsprojekt – wo stehen wir heute bei der Idee für sichere und direkte Veloschnellstrassen zwischen den wichtigsten Arbeits- und Wohnorten im Kanton Zug, oder noch visionärer: wie steht's um die Idee für eine Metro im Kanton Zug?! Packen wir auch die Verschmutzung des Zugersees durch Phosphor endlich an – der Kanton Zug ist diesbezüglich bereits mehrfach vom Bund zum Handeln aufgefordert worden. Eine kantonale Agrarstrategie kann zudem aufzeigen, wie wir unsere Landwirtschaft aufgrund der zunehmenden Hitze und Starkniederschlagsereignisse unterstützen und wie wir die Biodiversität fördern können. Einheimische Pflanzen bieten den Insekten und Vögeln eine Lebensgrundlage. Schattenspendende Bäume erhöhen auch unsere eigene Aufenthaltsqualität in den Städten. Ich stehe ein für Nachhaltigkeit und Solidarität und habe den Willen, Probleme anzupacken. Mit eurer Unterstützung wird es uns gelingen, diesen Herbst einen Regierungsratssitz zu gewinnen. Damit in der Zuger Regierung alle Kräfte vertreten sind und weil gemischte Teams die besten Resultate bringen. Zusammen können wir diese Herausforderung meistern. Zäme für Zuekunft! ■

Green for President

Andreas Hürlimann

4 Andreas Hürlimann war von 2015 bis 2018 Gemeinderat und Bauchef von Steinhausen. Seit 16 Jahren ist er zudem Kantonsrat und dort unter anderem Mitglied der Staatswirtschaftskommission. 2022 kandidiert er für das Gemeindepräsidium der Gemeinde Steinhausen.

Meine Wohngemeinde hat sich in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt. Im ehemals kleinen Bauerndorf fanden sich anfangs 1900 nur gerade 80 Wohnhäuser und 40 Scheunen. Dafür zählte man rund 4000 Apfelbäume. Die Bevölkerungszahl hat sich von 1950 bis 2010 fast verzehnfacht. Heute leben über 10200 Einwohnerinnen und Einwohner in der flächenmässig kleinsten Gemeinde des Kantons. Zudem sind rund 9500 Beschäftigte auf Gemeindegebiet tätig. Die Entwicklung und das starke Wachstum werden Steinhausen weiter fordern und verlangen nach Lösungen, welche auch ökologische und nachhaltige Kriterien berücksichtigen.

Obwohl Steinhausen seit 1904 über eine eigene SBB-Bahnstation verfügt, ist die Zugsanbindung nie richtig im Gemeindeleben angekommen. Lange war der Bahnhof peripher und mit dem Bus nicht direkt erschlossen. Das Gebiet rund um den Bahnhof hat noch Entwicklungspotenzial. Mit dem Bus ist Steinhausen mehrheitlich gut erschlossen. Der 7,5-Minuten-Takt zur Hauptverkehrszeit ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs auf der Achse Zug-Steinhausen. Weitere Gebiete und Quartiere müssen in den nächsten Jahren aber besser an den ÖV und an das Langsamverkehrsnetz angeschlossen werden. Gewerbe und Arbeitsplatzgebiete werden in den nächsten Jahren stark wachsen. Eine kluge Kombination sämtlicher Verkehrsmittel muss zu einer nachhaltigeren Mobilität führen. Von alleine wird diese Entwicklung jedoch nicht rechtzeitig einsetzen.

Fortschritt ist mehr als neuer Asphalt und Beton. Grüne Freiräume schaffen Lebensqualität. Bauten und ihre Aussenräume müssen nach ökologischen Kriterien geplant und umgesetzt wer-

den. Als Bauchef von Steinhausen war es mir unter anderem wichtig, dass der neue Kindergarten Hasenberg mit Holz aus dem Steinhauser Wald erbaut und hohe Anforderungen an Energie und Nachhaltigkeit gesetzt wurden. Wachstum soll mit Lebensqualität einhergehen.

Das ursprünglich 1937 als erstes Steinhauser Schulhaus erbaute Sunnegrund 1 durfte ich in meiner Zeit als Gemeinderat einem neuen Zweck zuführen und zu einem Musikschul-

zur Entwicklung der Steinhauser Wälder erarbeiten. Auch die Sportplatzinfrastruktur konnte zeitgemäss rundum erneuert werden. Die Entwicklung bleibt jedoch in all diesen Bereichen nicht stehen, vieles muss laufend optimiert und angepasst werden.

Nicht nur Bau- und Umweltthemen sollten im Fokus stehen. Menschen haben Fähigkeiten, die sie für sich und die Gemeinschaft einsetzen können. Als Kantonsrat habe ich mich unter anderem dafür eingesetzt, dass es bedarfsgerechte Angebote an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten in allen Gemeinden gibt. Auch Steinhausen darf hier noch einen oder zwei Schritte weiter gehen.



Andreas Hürlimann vor dem Kindergarten Hasenberg, erbaut mit Holz aus dem nahen Steinhauser Wald.

haus umbauen. Neben der Zentrumsüberbauung Dreiklang, mit neuer Gemeindebibliothek, Alterswohnungen und Gemeindesaal, durfte ich auch das Projekt zur Instandsetzung und Erneuerung des Rathauses vorantreiben. Wichtige Infrastrukturprojekte für eine dynamische und stark wachsende Gemeinde.

Im Bereich Freizeit und Sport durfte ich als Bauchef Akzente setzen. So konnte ich in einer Pionierleistung ein schweizweit beachtetes Konzept

Mein bisheriges Engagement für den Kanton Zug und meine Gemeinde hat sich nicht an Ideologien orientiert. Mein Wirken über die Parteigrenzen hinweg, die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Partnerinnen und Partnern für eine ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung unseres Lebensraums möchte ich auch im Gemeinderat und als Gemeindepräsident weiterführen. Gemeinsam Lösungen zu finden ist die wichtigste Aufgabe der Politik. ■

Grün für Steinhausen

Christoph Zumbühl

Der bisherige Gemeinderat Christoph Zumbühl wird von den Grünen Steinhausen zur Wiederwahl portiert. Er schreibt direkt an unsere Leserinnen und Leser.

Liebe Mitmenschen

Schon von klein auf war ich gerne draussen in der Natur. In den Zeltlagern mit der Jungwacht liebte ich es, die Elemente hautnah zu erleben. Nässe und Kälte haben dort einen anderen Effekt als zu Hause in der gemütlichen Stube. Ich liebe den Geruch des Lagerfeuers, die Geräusche der Tiere und die Gerüche der Umgebung – mal abgesehen von der Latrine. Sehr eindrücklich ist der Sternenhimmel in den Bergen. Wir liegen auf der Wiese, staunen und fühlen uns klein. Und bei der Rückkehr in die Zivilisation bin ich dankbar, dass eine warme Dusche und ein bequemes Bett wieder Standard sind.

Wir leben in Steinhausen als vierköpfige Familie, meine Frau und die jugendlichen Töchter sorgen dafür, dass ich meine eigenen Ideen und Standpunkte immer wieder hinterfragen und anpassen muss oder wir gemeinsam nach gangbaren Kompromissen suchen. Und wie in der Politik können auch die Sichtweisen innerhalb der Familie diametral auseinanderliegen und nur übers Gespräch finden wir eine gemeinsame Lösung, mit der alle leben können.

Zur Politik bin ich wie die Jungfrau zum Kinde gekommen. Vor vier Jahren wurde ich von Anastas Odermatt, einem Freund aus Jungwachttagen, angefragt, ob ich mich als grünen Kandidaten für die Wahl in den Gemeinderat zur Verfügung stellen würde, damit überhaupt Wahlen stattfänden. Na gut, die Grünen sind mir sympathisch und es geht um eine gute Sache, also sagte ich zu. Überraschenderweise wurde ich dann gewählt und hatte so einen steilen Einstieg in die Politik.

Zuvor hatte ich schon ganz andere Rollen inne und konnte von Erlerntem aus früheren Tätigkeiten profitieren. Zum Beispiel meine Arbeit als Zügelhelfer: Ich lernte dort die Arbeit zu sehen und anzupacken. Die Jahre im Ausland zeigten mir, dass es Gesellschaften gibt, die ganz anders organisiert sind, Menschen, die ganz anders ticken, und trotz-

profitiere ich ebenfalls, habe ich dort doch gelernt zu verhandeln und Forderungen elegant zu verpacken. Ich setze mich ein für eine Welt, die für alle lebenswert ist und es auch bleibt. Aber auch für Plätze, an denen wir zur Ruhe kommen und uns erholen können. Für eine Gesellschaft, die auch Menschen toleriert, die nicht ganz dem Mainstream folgen. Für Ideen, die in eine andere Richtung führen, und Leute, die sich für Ihre Anliegen einsetzen. Ich wünsche mir ein gutes Leben für alle, mit gerecht verteilten Ressourcen und einfachem Zugang zu Trinkwasser.

5



dem funktioniert das Zusammenleben. Meine Jahre als Buchhalter: Wichtiges muss mit Zahlen belegt werden, die nachvollziehbar sind. Auch meine Aufgabe bei der Kirche als Jugendarbeiter und Religionspädagoge auf Stufe Sekundarschule trainierte mich im Umgang mit schwierigen Personen bzw. Personen in einer schwierigen Lebensphase und zeigte, wie wichtig klare Regeln und eine transparente Kommunikation auf Augenhöhe sind. Und von meinen Jahren als Einkäufer

Ich freue mich auf einen spannenden Wahlherbst zusammen mit Andy Hürlimann. ■

Grün für Menzingen

Marianne Aepli

6 Beatrice Mouchous-Marty wurde von der Alternative – die Grünen Menzingen als Kandidatin für den Gemeinderat Menzingen nominiert. Im Interview mit Marianne Aepli stellt sie sich vor.

Marianne Aepli: Beatrice, du bist in Menzingen aufgewachsen und mit deiner Familie vor 16 Jahren wieder hierhergezogen. Was spricht für Menzingen? Ist hier deine Heimat? Was verbindet dich mit deinem Dorf?

Beatrice Mouchous-Marty: Auch wenn ich zwischendurch in Paris und Zürich lebte, Menzingen war und ist meine Heimat. Hier habe ich meine Wurzeln. Hier bin ich geboren und hier hatte ich eine schöne Kindheit. Für mich und auch meinen Mann war klar, dass unsere Kinder in Menzingen aufwachsen sollen. Nachdem ich von Menzingen weggegangen war, reiste ich viel, nicht allein beruflich; doch immer, wenn ich zurück in unser Dorf kam, fühlte ich mich wieder zuhause. Hier treffe ich Freunde und Bekannte und lerne auch neue und positive Leute kennen.

MA: Deine (politische) Öffentlichkeitsarbeit, dein Engagement für die Gesellschaft, dein Einsatz für die Öffentlichkeit...

BM: Als Familie zurück in Menzingen, machte ich bei den Frauen Menzingen mit, und in der Familienbrugg organisierten wir unter anderem den traditionellen Räbeliechtliumzug, wo ich schon beim allerersten dabei war. Auch im Turnverein traf ich viele Frauen wieder, die ich noch als Teenager kennengelernt hatte. Seit sechs Jahren engagiere ich mich bei der Pro Senectute Zug und leite eine Turngruppe in unserer Gemeinde. Seit knapp zwei Jahren bin ich Mitglied der Schulkommission.

MA: Woran denkst du gerne zurück?

BM: Durch meinen Vater, der hier 41 Jahre die Realschule führte und in verschiedenen Kommissionen der Gemeinde mitarbeitete, lebte ich auch mitten im Dorfgeschehen. So war ich als kleines Mädchen «Ehrendame» bei der Einweihung der Schützenmatt

und erlebte hautnah die Entstehung der Schulanlage Ochsenmatt 2. Gerne erinnere ich mich auch an den ersten Räbeliechtliumzug in Menzingen, der vor 42 Jahren mit unseren Nachbarn entstanden ist.

MA: Wie bezeichnest du die Eckpfeiler deiner politischen Arbeit, deiner politischen Einstellung?

BM: Zuerst zu dem schauen, was wir haben, bevor wir darauf schauen, was uns fehlt!

MA: Wofür gibst du gerne Geld aus?

BM: Meine beste Entscheidung war, zusammen mit meinem Mann, uns eine Wohnung hier in Menzingen zu kaufen, wo wir gemeinsam unsere Kinder aufwachsen sahen, und dass wir in diesem Dorf auch bleiben wollen.

MA: Mit deiner Wahl prägst du die nächsten vier Jahre Amtszeit im Gemeinderat mit. Was sind deine aktuellen Anliegen für Grün in Menzingen?

BM: Das Dorfbild und seine natürliche Umgebung erhalten und weiter stärken, die Schulen, einheimisches Schaffen und den öffentlichen Verkehr fördern.

MA: Deine Visionen – und die nahe Zukunft? Was von den Visionen soll handfest werden, was willst du zur Umsetzung einbringen?

BM: Das Dorf qualitativ weiterentwickeln und seine Attraktivität för-

dern, so dass wir uns alle hier wohl fühlen und unsere Jungen hier auch ihre Zukunft sehen.

MA: Warum sollen MenzingerInnen dich wählen?

BM: Ich will die Bevölkerung in die Politik miteinbeziehen, möchte Ideen gemeinsam diskutieren und miteinander an deren Verwirklichung arbeiten. Als Familienfrau bin ich offen für Anliegen von Familien, Kindern und sozial Schwächeren. Ich kenne die Leute in unserer Gemeinde, und ich



bin auch oft hier im Dorf anzusprechen. Da Anaïs, unsere Jüngste, noch knapp im Schulalter ist, kann ich von mir auch sagen, dass ich mitten im Geschehen unserer Dorfgemeinschaft stehe. ■

Beatrice Mouchous-Marty

- geboren in Menzingen am 21. November 1967
- Bürgerin von Altendorf SZ
- Berufe: med. Praxisassistentin, Flight Attendant EFZ, Familienfrau
- mehrsprachig: Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch
- verheiratet mit Laurent Mouchous
- zwei Kinder: Cédric (25) und Anaïs (16)
- Vereine: STV, Frauenriege Menzingen, im Vorstand Frauen Menzingen
- Leiterin FitGym Menzingen, Pro Senectute
- Politik: Mitglied in der Schulkommission, Vorstand Alternative – die Grünen Kanton Zug

Grün für Risch-Rotkreuz

Redaktion BULLETIN

Grauhaarig, männlich und bürgerlich: Das sind die drei Attribute, mit welchen sich der aktuelle Rotkreuzer Gemeinderat beschreiben lässt. Eine Zusammensetzung, die gar nicht passt zur dynamischen Kleinstadt, welche in schwindelerregender Geschwindigkeit vom Bauerndorf zu einem urbanen Hochschulstandort wurde. Die junge und motivierte Grüne Livia Engel will dieses graue Gremium aufmischen.

Ihre Kindheit verbrachte Livia Engel in Buonas. Nach der Matura an der Kantonsschule Zug begann sie ihr Studium in Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Zürich. Zudem arbeitete sie bei politik.ch, ein Start-up, das im Public-Affairs-Bereich tätig ist. Ihre Freizeit verbringt Livia gerne draussen: Joggen gehört zu ihren Leidenschaften, aktuell trainiert sie für den Jungfrau-Marathon. Wenn sie nicht gerade durch die Gegend rennt, besucht Livia gerne Museen und Konzerte.

Livias Motivation, für den Gemeinderat zu kandidieren, ist vielfältig. Einerseits kandidiert sie aus Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit. Vor allem aber auch, weil eine weibliche Stimme im Rischer Gemeinderat seit acht Jahren fehlt. Die fehlende Stimme der jungen Generation führt zudem dazu, dass der Klimaschutz völlig vernachlässigt wird. Besonders auf den Bereich der Mobilität legt Livia einen klaren Fokus. Anstatt dem massiven Pendler*innenzustrom mit einer klaren Verlagerungspolitik zu begegnen, will der Gemeinderat einen zweiten Autobahnanschluss realisieren. Gegen den drohenden Mehrverkehr und den Kulturlandverlust setzen sich die Grünen Risch-Rotkreuz bisher sehr erfolgreich zur Wehr.

Daneben will sich Livia Engel für mehr Vielfalt einsetzen, sei dies beispielsweise durch die Förderung familienergänzender Betreuungsangebote und der Sicherstellung der Barrierefreiheit auf allen Ebenen. Hierbei darf auch die ältere Generation nicht vergessen werden. Mit dem Bau der neuen Alterswohnungen und des neuen Pflegeheims in Rotkreuz

werden für die nächsten Jahrzehnte grosse Pflöcke eingeschlagen. Dass dieser Prozess mit einem fast 20-jährigen Altersleitbild gestartet wurde, kritisiert die Gemeinderatskandidatin



scharf. Viele Anliegen und Wünsche der Bevölkerung, wie beispielsweise öffentlich zugängliche Räume und Terrassen oder Räumlichkeiten, die generationenübergreifend genutzt werden können, wurden zugunsten vermeintlich günstiger Zinsverhältnisse und dem damit verbundenen schnellen Agieren des Gemeinderates vernachlässigt.

Statt wie bisher nur auf das Bauen zu fokussieren, möchte Livia die Anliegen der Bevölkerung stärker in den Fokus rücken. Schliesslich liegt ihr auch die Gemeinschaft am Herzen. Durch das schnelle und starke Wachstum der Gemeinde kam das Zusammenleben oftmals zu kurz. Sie möchte nicht nur der Bevölkerung die Gemeindepolitik näherbringen

und die Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern, sondern auch Themen wie den Aufbau einer Nachbarschaftshilfe, die Stärkung lokaler Vereine oder auch das generationenübergreifende Zusammenleben angehen.

Im Rotkreuzer Dorfkern wird in den nächsten Jahren kein Stein auf dem anderen bleiben. Der Bau der Alterswohnungen, des Pflegeheims, eines neuen Bahnhofs, eines neuen Gemeindehauses, der neuen Kantonschule sowie der Sport- und Freizeit-

7

anlagen inklusive des Freibades führen zu einer kompletten Neugestaltung des Dorfkerns. Dieser Prozess wird aktuell vom rein bürgerlichen und männlichen Gemeinderat angeführt. Da dieses zukunftsweisende Projekt das Dorfbild und Dorfleben der nächsten Jahre bestimmt, ist es umso wichtiger, eine ökologische und soziale Stimme im Gemeinderat vertreten zu haben. Livia möchte mit ihrer offenen und klaren Art die Bevölkerung und das Zusammenleben ins Zentrum dieses Projekts stellen. Eine lebhafte Gemeinde, in welcher die Anliegen künftiger Generationen mehr Gewicht erhalten, liegt ihr am Herzen. ■

Grün für Hünenberg

Adrian Willimann

8 **Im Frühling 2022 wurde Alexia Renner vom Grünen Forum Hünenberg als Gemeinderatskandidatin nominiert. Was für ein Mensch ist Alexia Renner? Im nachfolgenden kurzen Portrait wird dieser Frage der Spur nach nachgegangen.**

Alexia Michela Renner: Das Abenteuer nimmt seinen Lauf im Jahre 1978 als Tochter einer Griechin und eines Andermatters. Die Mischung passt. Vermeintliche Gegensätze – die Urgewalt des Meeres, die Wiege der Demokratie.

Von klein auf kommt sie durch die rege Reisetätigkeit ihrer Eltern mit unterschiedlichen Kulturen in Kontakt; das Fremde ist ihr vertraut, macht offen und schafft die Grundlage, Menschen konstruktiv zusammenzuführen. Diesem Ansatz folgend, ist sie heute nach Durchlaufen der obligatorischen Schulzeit, des Gymnasiums, des Jurastudiums und nach der Erlangung des Anwaltspatents ausgebildete Mediatorin SAV. Ihre langjährige Praxistätigkeit als Rechtsanwältin hat ihr einen prägenden Einblick in die unterschiedlichsten Konstellationen des Lebens gegeben und das Werkzeug, solche in verständlicher Weise und Sprache (wo notwendig auch in Fremdsprachen) mitzugestalten.

Das wichtigste in ihrem eigenen Lebensplan ist natürlich ihre Familie. Mit ihrem Partner (der Schreibende!) zusammen hat sie mittlerweile bereits 5 wunderbare Kinder.

Es darf an dieser Stelle sicherlich die Frage gestellt werden, wie all dies unter einen Hut gebracht wird? Die Antwort ist nicht einfach; aber die Stichworte: «Wo ein Wille, da ein Weg», «pragmatisches Organisations-talent» und «positives Menschenbild» treffen es ganz gut.

Hünenberg, das ist der Ort, wo sie und ihre Familie gerne zu Hause sind, wo ihre Kinder aufwachsen; ein Ort somit, zu dem sie besondere Sorge trägt und tragen will. Seit Kindsbeinen interessiert sie die Gemeinde, und

sie engagiert sich aktiv in politischen Fragen und Auseinandersetzungen. Geprägt durch ihre Ausbildung und beruflichen sowie privaten Erfah-



rungen, kennt sie die Mechanismen der Konsensfindung und die Prinzipien der Kollegialität, was für ein Handeln und Gestalten im Interesse des Gemeinwohls unabdingbar ist. Sture Parteipolitik und Schlagworte sind nicht ihr Ding, Konkretes für die nahe und ferne Zukunft anzupacken, liegt ihr mehr. Turnverein, Gospelchor und gute Nachbarschaft runden ihren Ausgleich ab.

Es gibt da noch einige Ecken und Kanten, und noch vieles mehr; dies bleibt jedoch privat. ■

Grün für Oberägeri

Laura Marty-Iten

Laura Marty-Iten ist Agronomin, Landwirtin und Mutter von zwei kleinen Kindern. Aufgewachsen in der Stadt Zürich, führt sie seit 2019 mit ihrem Mann den Familienbetrieb «Bio-Hof Bruhst» in Oberägeri. Sie kandidiert für das FORUM Oberägeri für den Gemeinderat. Laura Marty-Iten im Gespräch mit sich selbst über ihre Motivation, ihre Wahlheimat Oberägeri und die drängendsten Probleme lokal und global.

Fiktive Interviewerin: Laura, du kandidierst im Herbst für den Gemeinderat in Oberägeri. Was reizt dich daran, in die Lokalpolitik einzusteigen?

Laura Marty-Iten: Auf der Ebene der Gemeinde trifft die Politik auf die Bevölkerung. Die nationalen und kantonalen Entscheide müssen heruntergebrochen, umgesetzt und der Bevölkerung erklärt werden. Das finde ich ungemein spannend. Auch erhoffe ich mir, bei Themen, die auf nationaler Ebene nur schleppend vorwärts gehen, auf gemeindlicher Ebene proaktiv etwas verändern zu können. Zum Beispiel bei den Themen Energie, nachhaltiges Bauen, Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, nachhaltige Mobilität, Kinderbetreuung usw.

FI: Wo siehst du die grössten Baustellen in Oberägeri?

LM: Beim Verkehr, bei der Verfügbarkeit von preisgünstigem Wohnraum und bei der Integration der Zugezogenen und deren Identifikation mit dem Dorf. Der Verkehr geht in Oberägeri mitten durch das Dorf – über den Dorfplatz. Das Bevölkerungswachstum im Tal wird den Verkehr noch verstärken. Es wird gute Anreize brauchen, um die Leute zum Umsteigen auf den ÖV oder das Fahrrad zu bewegen. Preisgünstiger Wohnraum ist in Oberägeri kaum verfügbar. Wie machen das junge Familien mit durchschnittlichen Einkommen? Hier muss etwas geschehen. Es darf nicht sein, dass Leute wegen dem Einkommen das Tal verlassen müssen.

Ein weiteres Problem ist, dass sich Einheimische und Zugezogene in Oberägeri nur wenig durchmischen. Die Zugezogenen sind aber auch Ägertaler*innen. Wenn wir ein aktives

Dorf wollen, mit einem starken Vereinsleben, wo lokales Gewerbe unterstützt, die Kultur und Traditionen hochgehalten werden und sich die Einwohner*innen mit dem Dorf identifizieren, dann wird es wichtig sein, hier mehr Dialog und Einbindung zu schaffen.



FI: Aktuell ist in Oberägeri die Ortsplanungsrevision im Gange. Werden die richtigen Weichen gestellt?

LM: Ja und nein. Die Raumentwicklungsstrategie gibt sich gute Ziele, auch bei Umweltthemen. Jedoch bleibt z.B. die Bauordnung wenig konkret. Und ein aus meiner Sicht sehr wichtiges Thema, die Nachhaltigkeit beim Bau, wird völlig ausgeklammert.

FI: Du bist Agronomin und Landwirtin. Was sagst du zur Nachhaltigkeit der Landwirtschaft in Oberägeri und generell?

LM: Das ist ein grosses Thema. Grosse Baustellen sehe ich beim Verfüttern von für die menschliche Ernährung geeigneten Futtermitteln an Tiere, dem Verlust von Biodiversität und dem Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PSM). In Oberägeri sind wir insofern in einer guten Situation, dass wir viele Flächen mit einer hohen Biodiversität haben und pflegen (z.B. Rothenfurter Moor) und dass wir kaum Kulturen haben, die einen hohen Einsatz von PSM erfordern.

FI: Wie blickst du in die Zukunft?

LM: Ehrlich gesagt, ein bisschen düster. Und dies, obwohl ich generell

ein sehr positiver und optimistischer Mensch bin: In den Medien jagt ein Wetterrekord den nächsten. Berichtet wird über Dürren, Hungersnot, Hitze und Überschwemmungen. Im letzten Jahr hatten wir auch in der Schweiz Stürme mit grossen Schäden. Gleichzeitig steigen die Leute völlig unbeirrt in ihre Autos, buchen ihre nächste Flugreise, konsumieren dieselben nicht nachhaltigen Produkte... Da frage ich mich schon, was passieren muss, damit die Leute endlich aufwachen und bereit sind, tatsächliche Veränderungen anzugehen. ■

Grün für Unterägeri

Redaktion BULLETIN

10

Die Alternative – die Grünen nominieren Antonia Martina Durisch als Kandidatin für die Gemeinderatswahlen in Unterägeri. Als Mitglied der Grünen in Unterägeri bringt die 25-jährige Durisch mit ihrer Nomination frischen Wind in den aktuell nur durch Männer besetzten Gemeinderat. Durisch betont die Wichtigkeit eines heterogenen Gremiums, in welchem sowohl Männer als auch Frauen wie auch Jung und Alt gleichermaßen vertreten sind. Es liegt ihr am Herzen, dass die zukünftige Entscheidungsfindung des Unterägerer Gemeinderats auf verschiedenen Perspektiven basiert, um allen Einwohnern und Einwohnerinnen gerecht zu werden, weshalb sie ihren Teil dazu beitragen möchte und sich für eine Kandidatur entschieden hat.

Dafür bietet sie die besten Voraussetzungen, denn sie bringt trotz ihres jungen Alters einen beeindruckenden Leistungsausweis mit. Vergangenen Herbst erhielt Durisch den Bachelor of Science in Business Administration, mit Schwerpunkt Digitale Transformation und Management von künstlicher Intelligenz. Des Weiteren schloss sie parallel zu der Universität die Ausbildung zur Sachbearbeiterin Finanz- und Rechnungswesen ab, und sie bestand erfolgreich die IPMA Zertifizierung zur Certified Project Management Associate, Level D. Ursprünglich erwarb Durisch das Diplom zur Kauffrau mit erweiterter Grundbildung. Nebst ihrer akademischen Bildung erarbeitete sich Durisch das nötige Fachwissen in der Praxis, wobei sie die Schwerpunkte auf Marketing, Finanzen und Management legte. Mit diesem Rucksack ist die Nominierte eine ideale Kandidatin der Alternative für den Gemeinderat in Unterägeri, sodass Durisch dort ihre Stärken für die Umsetzung der nachfolgenden Projekte nutzen wird:

Sie möchte sich für bezahlbaren Wohnraum und attraktive Kita-Modelle einsetzen, denn es macht ihr Sorgen, dass immer weniger Kolleginnen und Kollegen aus dem Ägerital sich für die Familiengründung in Unterägeri entscheiden, sondern aufgrund der hohen Mietpreise gezwungen sind, in andere Kantone zu ziehen. Des Weiteren möchte Durisch ein attraktiveres Dorfzentrum aktiv mit-

gestalten. Für sie gibt es noch viel Potenzial, Unterägeri im Einklang mit der Natur weiterzuentwickeln. Es ist ihr wichtig, gleichzeitig sympathische Räume für Freizeit und Austausch



zu schaffen und dank einer umweltfreundlichen Politik mehr Grünräume und Biodiversität darin einzubinden. Denn für sie ist klar: Wenn man gemütlich einen Kaffee im Dorf trinken will, soll man dabei nicht nur kalten Asphalt oder vorbeifahrende Autos sehen.

Eines der grössten Anliegen von Durisch ist die professionelle und kompetente Erarbeitung eines einheitlichen Wachstumskonzeptes für Unterägeri. Dabei soll vor der Täti-

gung von Grossinvestitionen – wie beispielsweise einem aktuell diskutierten Umfahrungstunnel von Unterägeri – ein Mobilitätskonzept erarbeitet und mit den Einwohnerinnen und Einwohnern diskutiert werden. Sie will sich mit den Herausforderungen des stetigen Wachstums auseinandersetzen und familienfreundliche Lösungen finden, die zukünftig Kinder und deren Schulwege nicht gefährden. Des Weiteren möchte sie sich dafür einsetzen, dass die Energiestrategie nicht nur auf Papier besteht, sondern proaktiv auf Gemeindeebene umgesetzt wird.

Wichtig ist auch Durischs Engagement, dass die Biodiversität im Ägerital gefördert wird und erhalten bleibt. Sie

plant, sich aktiv für Mensch und Tier einzusetzen, und eine ihrer konkreten Zielsetzungen ist das Schaffen von Begegnungszonen für Hunde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Durisch einen aktiven Austausch mit der Bevölkerung anstrebt und diese ins Zentrum rücken möchte. Sie plant, aktuelle Anliegen in einem ganzheitlichen Konzept zu vereinen, um auch in der Zukunft einen attraktiven Standort Unterägeri gewährleisten zu können. ■

Grün für Baar

André Guntern-Hotz

Nach dem Rücktritt von Berty Zeiter will André Guntern den Sitz der ALG im Gemeinderat Baar verteidigen. Seit der Gründung der ALG im Jahr 2007 ist er dort aktiv und seit 2020 hat er das Präsidium inne. Aufgrund seiner Erfahrung in Beruf, Politik und ehrenamtlicher Tätigkeit ist er für das Amt als Gemeinderat bestens geeignet. Er beschreibt, wie er sich für ein grünes und soziales Baar einsetzen will.

Die kürzlich vom Gemeinderat Baar verabschiedete Raumentwicklungsstrategie zeigt es deutlich: Die Gemeinde steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Baar braucht eine Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, die nachhaltig ist und Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt. Wo sehe ich dabei Handlungsbedarf?

Energie: Die Solarenergie spielt eine Schlüsselrolle für die Energiewende. Auch die Baarer Dächer sollen dazu genutzt werden. Bis es dazu verbindliche Vorschriften gibt, soll die Gemeinde mit dem guten Beispiel vorangehen und das Solarpotenzial bei Neubauten und Sanierungen konsequent ausnutzen.

Klimaschutz: Da sich der Kanton beim Klimaschutz zu passiv verhält, muss die Gemeinde Baar im Rahmen ihrer Möglichkeiten jetzt in die Offensive gehen. Das heisst einerseits, den Verbrauch fossiler Energie bei Verkehr und Heizungen reduzieren. Andererseits ist konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen.

Klimaanpassung: Auch in Baar werden wir mit mehr Wetterextremen, heissen Sommern und Unwetterereignissen leben müssen. Grossflächige Versiegelungen verstärken den Hitzeeffekt, da braucht es mehr Grünflächen und schattenspendende Bäume. Es gilt, die vom Gemeinderat verabschiedete Klimastrategie – gegen den Widerstand bürgerlicher Parteien – als Grundlage für klimarelevante Entscheide zu nutzen.

Verkehr: Der Verkehr in Baar ist so abzuwickeln, dass er auf Mensch und Umwelt Rücksicht nimmt. Im Zentrum und in den Wohnquartie-

ren soll auf gelebte Koexistenz der Verkehrsträger gesetzt werden. Der Bahnhofplatz als «Hotspot» der Verkehrsverknüpfungen ist vom Autoverkehr zu befreien.



Biodiversität: Das vor drei Jahren verabschiedete Landschaftsentwicklungskonzept LEK enthält viele Vorschläge, wie Siedlung und Landschaft ökologisch aufgewertet und damit die Biodiversität verbessert werden können. Jetzt ist es endlich umzusetzen. **Wohnen / Familienpolitik:** Baar soll für Familien weiterhin attraktiv bleiben. Preisgünstiger Wohnraum ist bei allen Überbauungen, die von Mehrnutzungen profitieren, konsequent einzufordern. Die Gemeinde selber kann ihre Familienfreundlichkeit mit einem breiten Freizeit- und Betreuungsangebot sowie mit der Unterstützung von Familien mit weniger guten Perspektiven beweisen.

Bildung: Die neuen Schulhäuser und die auf den zukünftigen Bedarf ausgerichteten Räumlichkeiten sind mit Leben zu füllen. Dies bedingt ein modernes Bildungsverständnis und eine motivierte Lehrerschaft.

Finanzen: Die Gemeinde realisiert grosse Bauprojekte im Hoch- und Tiefbau. Durch gute Rechnungsabschlüsse und Rückstellungen sind die nötigen Mittel vorhanden. Aber auch die Herausforderungen für die Energiewende, den Klimaschutz und für eine Wohnbaupolitik für Familien und ältere

11

Wählen mit Köpfchen

Redaktion BULLETIN

12

«... Der Kantonsrat nimmt die Interessen des Volkes wahr und berät und beschliesst an seiner Stelle über gemeinschaftliche Aufgaben ...» so heisst es auf der Homepage des Kantons Zug. In diesem Jahr werden am 2. Oktober die 80 ParlamentarierInnen des Zuger Kantonsrats neu gewählt. Höchste Zeit, alle Kandidierenden, die auf den Listen der Alternative – die Grünen sind, an dieser Stelle zu präsentieren. Und ja, Wahltag ist Zahltag. Es will also gut überlegt sein, wer gewählt werden soll. Auf Seite 17 lesen Sie, wie Sie so wählen, dass es auch taktisch klug ist.

Unterägeri



**Trix
Gubser**



**Beat
Ryser**



**Fabian
Gubser**



**Antonia
Durisch**

Menzingen



**Marianne
Aepli**

Baar



**Andreas
Lustenberger**



**Ivo
Egger**



**Malena
Raud**



**Mariana
Glarner-
Polyakova**



**Florian
Erni**



**Evi
Binkert**



**Simon
Uster**



**Gurbetelli
Yener**



**Vivienne
Hanke**



**Anja
Moczko**

14

Cham



**Esther
Haas-Pousaz**



**Annemarie
Hänel**



**Linus
Heim**



**Frederic
Möri**



**Fabienne
Rigert**



**Vera
Steinmann**

Hünenberg



**Rita
Hofer**



**Martin
Affentranger**



**Reto
Planzer**



**Viola
Buchmann**

Oberägeri



**Andy
Iten**



**Paul
Iten**

15

Risch



**Hanni
Schriber-
Neiger**



**Livia
Engel**



**Patricia
Gasser**



**Konradin
Franzini**



**Nerina
Itin**

Steinhausen



**Anastas
Odermatt**



**Beni
Wattenhofer**



**Katharina
Jans**

Zug

16



**Luzian
Franzini**



**Stéphanie
Vuichard**



**Tabea
Zimmermann**



**Julia
Küng**



**Delia
Meier**



**Nicolas
Lemaitre**



**Oria
Cudicio**



**Florence
Hartmann**



**Magdalena
Carlen**



**Tekla
Hahin**



**Michèle
Willimann**



**Barbara
Huber**

Wirkungsvoll wählen

Redaktion BULLETIN

Wir haben die Wahl und wollen diese Chance auch wahrnehmen. Am 2. Oktober 2022 wählen die Zuger Stimmberechtigten ihre Vertreter*innen in die kommunalen und kantonalen Behörden.

Die Regierungsrats- und Gemeinderatswahlen erfolgen nach dem Majorzprinzip. Die Stimmberechtigten haben nicht eine, sondern sieben bzw. fünf Stimmen, je nachdem wie viele Sitze im entsprechenden Gremium zu besetzen und somit Linien auf dem Wahlzettel sind. Stimmberechtigte müssen eigenhändig die Namen der Kandidierenden (einmal, kein Kumulieren), denen sie eine Stimme geben wollen, auf einen leeren Wahlzettel schreiben. Für die Verteilung der Sitze zählen ausschliesslich die persön-

lichen Stimmen, die die Kandidierenden erhalten. Ihre Kandidatin unterstützen Sie also wirkungsvoll, wenn Sie ausschliesslich deren Namen auf die Liste schreiben. Leere Linien werden niemandem gutgeschrieben. Nach dem gleichen Muster funktionieren die Stadtratswahlen für Zug. Gemäss Wahlvereinbarung der Linken, unterstützen wir dort die Kandidatin der SP, schreiben also ihren Namen auf den leeren Wahlzettel für den Stadtrat, ebenso für das Stadtpräsidium.

Bei den Parlamentswahlen (Kantonsrat) wird das Proporzsystem angewendet. Hier darf kumuliert werden, also Kandidatinnen dürfen zweimal aufgeführt werden. Wirkungsvoll wählen Sie, wenn Sie die Liste der Grünen, Christlich-Sozialen, Jungen Alternative unverändert einwerfen. Sie können Ihre Stimmkraft noch verstärken: «Gutes tun und darüber sprechen» heisst, weitere Wahlberechtigte informieren und zur Teilnahme an den Wahlen ermuntern. ■

Exekutive, Regierungsrat

Ihre Stimme hat am meisten Gewicht, wenn Sie Tabea Zimmermann einmal auf der leeren Regierungsrats-Liste aufführen.

Exekutive, Gemeinderat

Wer unsere Kandidatin optimal unterstützen will, schreibt sie einmal auf den leeren Gemeinderats-Wahlzettel.

Legislative, Kantonsrat

Jede Kandidierenden-Stimme ist gleichzeitig eine Partei-Stimme.

Ihre Stimme hat am meisten Gewicht, wenn Sie unsere Liste unverändert einwerfen.

Legislative, GGR Stadt Zug

Jede Kandidierenden-Stimme ist gleichzeitig eine Partei-Stimme.

Ihre Stimme hat am meisten Gewicht, wenn Sie unsere Liste unverändert einwerfen.

Exekutive, Stadtrat Zug

Ihre Stimme hat am meisten Gewicht, wenn Sie Barbara Gysel einmal auf dem leeren Stadtrats-Wahlzettel aufführen.

Exekutive, Stadtpräsidium

Wer die Kandidatin der Linken optimal unterstützen will, schreibt Barbara Gysel einmal auf den leeren Stadtpräsidium-Wahlzettel.

Opposition in Krisenzeiten

Luzian Franzini, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug

18

Seit Monaten tobt der brutale Angriffskrieg in der Ukraine. Schnell wurde klar, dass Zug in diesem Konflikt eine zentrale Rolle spielt. In den letzten Jahren entwickelte sich Zug zum russischen Rohstoff-Mekka. Das Zuger Modell von tiefen Steuern und einer anbietenden Willkommenskultur gegenüber Autokraten aus aller Welt kommt immer mehr unter Druck. Dies auch dank der jahrelangen Arbeit der ALG. Seit Nord Stream im Kanton Zug ansässig ist, fanden beispielsweise schon 40 Protestaktionen vor dem Hauptsitz statt. Doch was wissen wir und was hat die Zuger ALG-Fraktion in den letzten Wochen auf politischer Ebene gemacht?

Über die Handelsvolumen gibt es grundsätzlich kaum gesicherte Informationen, Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass 80 Prozent der russischen Rohstoffe über Zug und Genf gehandelt werden. Für Putin sind diese Einnahmen essenziell, denn 50 Prozent des Staatshaushaltes kommen aus Rohstoffeinnahmen. Public Eye hat

Haltung zeigen

Bereits einige Tage vor der Invasion reichte die Alternative – die Grünen Zug eine Interpellation ein, die von der Zuger Regierung eine Haltung zu Nord Stream 2 forderte und wissen wollte, welche direkten Kontakte zwischen den Behörden und russischen Firmen stattfinden. Drei Tage nach der Invasion



Am 23.02.2022, also einen Tag vor der Invasion protestierten die Jungen Alternativen vor dem Hauptsitz der Nord Stream 2.

Insiderdokumente ausgewertet und herausgefunden, dass ein Grossteil der russischen Kohle über Zug gehandelt wird, auch im Gas-, Uran- und Nickelhandel gibt es unzählige Unternehmen in Zug, welche direkt unter der Kontrolle des russischen Staates stehen. Was auch dank hartnäckiger Recherchen klar wurde. 17 der 32 wichtigsten Schweizer Oligarchen haben einen direkten Bezug zum Kanton Zug.

startete die Petition «Haltung zeigen», welche von der Regierung u.a. die Sanktionierung des Rohstoffhandels und die Sicherstellung von Oligarchenvermögen forderte. Innert kürzester Zeit unterschrieben fast 1000 Personen. Am 3. März 2022 organisierte die Alternative – die Grünen einen Putin-Rohstoffrundgang, an dem 150 Menschen teilnahmen. Ziel war es aufzuzeigen, welche Rohstofffirmen unter

direkter Staatskontrolle in Zug handeln und wie dies die Kriegskasse von Putin füllt. Gleichzeitig wurden diverse Anfragen eingereicht, um Informationen zu den Zuger Verstrickungen zu erhalten.

«Golden Passports»

Seit Jahren steht das Phänomen der «Golden Passports» europaweit in der Kritik. Länder wie Zypern verkaufen ihre EU-Staatsbürgerschaften an reiche Menschen aus Drittstaaten. Besonders russische Oligarchen machen häufig von diesem Angebot Gebrauch. Laut offiziellen Zahlen hat in Zug nämlich nicht nur die russische Bevölkerung zwischen 2006 und 2020 um 430 Prozent zugenommen, sondern auch die bulgarische (+630 Prozent), die zypriotische (+7200 Prozent) und die maltesische (+433 Prozent). Eine kleine Anfrage der ALG hat ergeben, dass rund 71 Prozent der Malteser*innen und 56 Prozent der Zypriot*innen, die in Zug wohnen, ursprünglich in Russland geboren sind. Die Wahrscheinlichkeit ist also hoch, dass es sich hier um oligarchennahe Personen handelt, welche in diesen Ländern einen EU-Pass gekauft haben. Inwiefern bei diesen Personen allfällige Sanktionen angewendet werden, ist unklar. Auch die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung aus «gewichtigen öffentlichen Interessen» wurde in Zug weiterhin fleissig angewandt, wie die Antwort der Regierung zeigt.

Zuger Willfährigkeit

Diese Praxis hat in Zug einen besonders fahlen Nachgeschmack. Im Jahr 2016 beantragte die Zuger Regierung eine Gesetzesänderung, wonach an reiche Ausländer*innen ab einem steuerbaren Einkommen von mindestens 1 Mio. Franken und einem steuerbaren Vermögen von mindestens 20 Mio. Franken eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden könnte, obwohl sie die vom Gesetz vorgeschriebenen Mindestanforderung bezüglich der Kenntnis einer Landessprache nicht

erfüllen. Die Alternative – die Grünen wehrte sich damals erfolgreich gegen diese Ungleichbehandlung, und es wurde schliesslich aus dem Gesetz gekippt. Dass jedoch nur schon ein solcher Vorschlag gemacht wurde, zeigt die Willfährigkeit und «Willkommenskultur» der Zuger Regierung. In einer weiteren kleinen Anfrage wollten wir wissen, wie russische Vermögenswerte registriert und gemeldet werden. In einem dringlichen Postulat forderte die ALG zudem die Einsetzung einer kantonalen Task Force, welche die Vermögenswerte von Personen und Institutionen, die auf der Sanktionsliste stehen, erhebt und den Bundesbehörden meldet. Der Kanton Zug soll seine Verpflichtungen, die aus der Sanktionierung von Vermögenswerten von Personen und Institutionen aus Putins nahem Umfeld stammen, von sich aus vollumfänglich erfüllen. Wenn Zug Haltung zeigen würde und Rohstoffsanktionen forderte, hätte dies eine grosse Wirkung auf den Bundesrat. Leider macht die Zuger Regierung im Moment das genaue Gegenteil. Rhetorisch werden gerade im aktuellen Ukraine Konflikt die Putin-Verbindungen nach Zug zwar verurteilt, effektiv handeln will die Regierung jedoch nicht. Auch bei den zahlreichen Menschenrechts- und Umweltrechtsverletzungen von Zuger Rohstofffirmen in den letzten Jahren schaute die Zuger Regierung weg. Mittelfristig gibt es hoffentlich Druck, damit sich der Handelsplatz Zug endlich Richtung Umwelt- und Menschenrechte bewegt.

Helfen würden öffentliche Register ...

Die Schweiz erfüllt aktuell die Standards der Financial Action Task Force (FATF) nicht vollständig. Wenn die Schweiz international kompatibel bleiben will, müssen die Schweizer Behörden ein öffentliches Register der wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen einführen. Damit könnten die Personen, die sich hinter Unternehmenskonstrukten verstecken, identi-



Übergabe der Petition «Haltung zeigen», welche fast 1000 Zuger*innen unterschrieben haben.

fiziert und so Geldwäscherei und Korruption bekämpft werden. Alle EU-Staaten handeln momentan konform zur 5. EU-Geldwäschereirichtlinie und führen öffentliche Register der wirtschaftlich Berechtigten ein. Weltweit wird eine solche Liste von über 100 Ländern geführt. Auch Steueroasen wie die Cayman Islands, Jersey, Guernsey und Isle of Man haben in den letzten Jahren solche Register eingeführt, sie werden voraussichtlich ab 2023 öffentlich zugänglich. Die Offenlegung der Personen, die hinter juristischen Personen stehen, ist eine der wirksamsten Massnahmen gegen Wirtschaftskriminalität.

... und juristische Anpassungen

Auch eine Aufsichtsbehörde über den Rohstoffsektor, also eine sogenannte ROHMA wäre ein entscheidender Hebel, damit im Rohstoffsektor mehr Transparenz und Kontrolle erreicht werden können. Diese Aufsichtsbehörde, die ähnlich wie die FINMA funktionieren würde, könnte durch Aufsicht und Regulierung der Schweizer Rohstoffförder- und Handelsfirmen sowie Goldraffinerien und -importeure

einen Beitrag zur Verminderung der umwelt- und menschenrechtlichen Probleme im Ausland sicherstellen. Gleichzeitig würde sie auch die relevanten internationalen Standards und die Entwicklung des internationalen regulatorischen Umfelds verfolgen und somit auch dem Ruf und dem Ansehen des Rohstoffhandelsplatzes und so auch dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Sorge tragen. Gerade im aktuellen Ukraine Konflikt zeigt sich, welche positiven Auswirkungen ein Rohstoffhandelsgesetz und eine entsprechende Aufsichtsbehörde hätten. Sie könnten den Handel mit Putin-Freunden (Political Exposed Persons PEP) unterbinden und sicherstellen, dass allfällige Sanktionen nicht umgangen werden können.

Es darf nicht sein, dass Putins Kriegskassen durch Zuger Firmenkonstrukte gefüllt werden können. Und auch in anderen Bereichen darf Zug und die Schweiz nicht mehr einfach so weitermachen, die OECD-Mindeststeuer ist beispielsweise eine andere internationale Entwicklung, die den Kanton Zug in steuerpolitischen Fragen hoffentlich etwas mässigen wird. ■

Die GRÜNEN im Wandel

Luzian Franzini, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug

20

«Grüne im Niedergang», «Grüne – die grossen Wahlverlierer» titelten die grossen Tageszeitungen nach den Nationalratswahlen 2015, bei welchen die GRÜNEN mit 7,1 Prozent ihre zweite Niederlage in Folge und happige Sitzverluste hinnehmen mussten. Sieben Jahre später gewinnen die GRÜNEN Wahl um Wahl und die Klimakrise kann nicht mehr kleingeredet werden. Nach insgesamt sechs Jahren im Co-Präsidium der Jungen Grünen Schweiz und im Vizepräsidium der GRÜNEN trat ich im März 2022 nicht mehr zur Wahl an. Zeit für einen kleinen Rückblick auf bewegte Jahre, in welchen sich der politische Diskurs in der Schweiz radikal veränderte.

Wir alle erinnern uns noch an die bewegten Bilder im Jahr 2015/2016. Grenzzäune und rechte Politiker*innen, die sich in ganz Europa mit harten Parolen zu überbieten versuchten. Auch der SVP gelang es in dieser Zeit, die bürgerlichen Parteien in der Schweiz vor sich herzutreiben und eine immer absurdere rechte Hetze anzukurbeln. Die Klimakrise hingegen stellte in diesen Jahren ein Thema für die Randspalten dar, welches die grossen Bundesratsparteien kaum zu beschäftigen hatte. Auch in den Sorgenbarometern dominierten andere Themen. Umfragen zeigten in dieser Zeit klar: Wählende schrieben den GRÜNEN nur in einem Thema Kompetenz zu – dem Klimaschutz. Im Bereich der Migrations- oder Sozialpolitik wurden grüne Politiker*innen hingegen kaum wahrgenommen. Der Beginn meiner Zeit in der nationalen Politik war entsprechend geprägt von schwierigen Diskussionen über die Grundausrichtung der Partei. Auch finanziell führte die reduzierte Anzahl Sitze zu Einschnitten im Verbandssekretariat. Trotzdem schafften es die GRÜNEN ab 2016, einen grossen Professionalisierungssprung nach vorne zu machen. Unter der Leitung von Regula Rytz als Präsidentin und Regula Tschanz als Generalsekretärin verdoppelten sich die Spendeneinnahmen und es wurden sehr engagierte Leute im Verbandssekretariat eingestellt. Die GRÜNEN konnten sich als Partei des konsequenten Klimaschutzes, der Menschenrechte und der Gleichstel-

lung aller Geschlechter positionieren. Die konsequente Professionalisierung im Hintergrund, gepaart mit klarem Inhalt, führte zu neuem Schwung. Persönlich trieb ich in dieser Zeit die Neugründung von grünen Sektionen in der Zentralschweiz voran. In den Kantonen Schwyz und Uri konnten bis 2021 zwei neue Sektionen gegründet werden.



Die Geschäftsleitung der GRÜNEN im Jahr 2018.

Die Wende

Ab 2017 kam auch elektoral langsam die Wende, die GRÜNEN gewannen kantonale Wahl um kantonale Wahl. Wichtiges Mobilisierungsinstrument waren damals die vier grünen Volksinitiativen. Dank der Fairfood-Initiative, der Initiative für eine Grüne Wirtschaft, dem Atomausstieg und der Zersiedelungsinitiative der Jungen

Grünen schaffte es die Partei immer wieder, ökologische Akzente zu setzen. Unterstützung durch die Strasse setzte nach dem Hitzesommer 2018 durch den Klimastreik ein. Nach dem Erdrutschsieg bei den Nationalratswahlen 2019 ist die Situation plötzlich ganz anders: Mit 35 National- und Ständerät*innen sind die GRÜNEN aktuell die viertstärkste Partei und haben rechnerisch ein klares Recht auf einen Bundesratsplatz. Besonders schön: Die Jungen Grünen sind mit einem Wähler*innenanteil von über einem Prozent die mit Abstand stärkste Jungpartei. Wie die grüne Bewegung ist auch die GRÜNE-Fraktion im Bundeshaus jung, weiblich und vielfältig. Die GRÜNEN sind keine belächelte Randgruppierung mehr, sondern bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sei dies im Bundes- oder auch im Regierungsrat. Um an die Erfolge der letzten

Jahre anknüpfen zu können, müssen die GRÜNEN weiterhin nahe an den sozialen Bewegungen auf der Strasse politisieren. Gleichzeitig muss die Vielfalt innerhalb der Partei gepflegt werden. Es sind die unterschiedlichen Hintergründe und Lebensrealitäten, welche seit der Gründung der GRÜNEN vor bald 40 Jahren zum Kern der Partei gehören. ■

Sie verstehen Putin

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Der Krieg in der Ukraine hat die Weltpolitik bis hin zur lokalen Politik verändert. Die beiden bürgerlichen Parteien FDP und Die Mitte machen sich Gedanken über die Neutralität. Die Grünen mit ihrer kritischen Haltung zu Oligarchen bekommen recht. Und die SVP im Kanton Zug schlägt wild um sich.

«Moral ist wirklich nicht einfach», schreibt Adrian Risi am Schluss in Kolumnen und Leserbriefen. Das stimmt nicht, wie so vieles, was die SVP im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und der klaren Haltung der Grünen von sich gab und immer noch gibt. Als Moral werden nämlich die Werte und Regeln bezeichnet, die in einer Gesellschaft allgemein anerkannt sind. Eine dieser Regeln ist die Verpflichtung zur Wahrheit, zur Faktentreue. Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten, heisst es in den zehn Geboten des Alten Testaments. Eine Grundlage jeden gesellschaftlichen Zusammenlebens, ausser man gibt den Fake News den gleichen Stellenwert. Mit der Faktentreue halten es die Schweizer Putin-Versteher nicht so genau. So schwadroniert Adrian Risi locker von einer linken Regierung in Deutschland. Die Bundesrepublik wird von einer Koalition von SPD, Grünen und FDP geführt. Man muss wohl ganz am rechten Rand stehen, um die FDP Deutschlands als links zu bezeichnen. Ebenso faktenwidrig ist die Unterstellung, die Alternative – die Grünen in Zug hätte Verbindungen zu Altkanzler Gerhard Schröder oder gar zum Genossen Wladimir Putin. Die Schweizer Putin-Versteher vermeiden das Wort Krieg, sie reden lieber von Konflikt. Und sie reden von strikter Neutralität bei einem Krieg, in dem das Völkerrecht in eklatanter Weise gebrochen wurde.

Grüne Alternative

In Deutschland sind es bald vier Bundesländer, die von einer Koalition von CDU und Grünen regiert werden. Baden-Württemberg und Hessen sind es schon länger, Schleswig-Holstein

und das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen kommen bald dazu. Der Grund liegt bei den Grünen, die nicht nur in Deutschland von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilen. Auch in Australien haben die Wählerinnen und Wähler in der Klimawahl die nationalkonservative Regierung in die Wüste geschickt. Das Bild ist nicht nur als Metapher zu verstehen; Kaum ein anderes Land leidet derart unter der fortschreitenden Trockenheit und Dürre sowie sintflutartigen Regengüssen wie Australien. Die australischen Grünen haben enormen Zulauf. Zurück zu Deutschland und damit näher zur Schweiz: Während Jahrzehnten haben die Altparteien in unserem nördlichen Nachbarland einen Kuschelkurs gegenüber dem Machtstreben Putins gefahren. Ein Exkanzler stellte sich gar persönlich in den Dienst von Kreml-Firmen; die Exkanzlerin ist nach langen Monaten des Schweigens nicht willens, zu ihren Fehleinschätzungen in der Energiepolitik und zu Wladimir Putin zu stehen.

Konsequente Grüne

Und die Grünen? Sie haben immer vor den Abhängigkeiten von russischem Öl und Gas gewarnt, sie haben die neue Pipeline Nordstream 2 (Gesellschaftssitz Zug) konsequent bekämpft. Sie haben als kleinste Oppositionspartei die Energiewende angemahnt. Und jetzt sitzen sie in der Regierung und machen den besten Job; Robert Habeck (Klima und Wirtschaft) und Annalena Baerbock (Auswärtiges) müssen die Versäumnisse und Fehler ihrer Vorgänger der mittlerweile alt aussehenden alten Volksparteien ausbaden und korrigieren. Der SVP-Vielschreiber Adrian Risi macht sich

in seiner Kolumne lustig über die Forderung der ALG Zug, die dem Kreml nahestehenden Firmen im Finanz- und Rohstoffbereich stärker zu kontrollieren und aktiv nach versteckten Vermögen zu suchen. Vielleicht nimmt Sportsfreund Risi die Worte des Grünspechts nicht ernst. Darum zitiert der Grünspecht den ehemaligen Boxweltmeister Wladimir

21



Klitschko: «Wenn die Schweiz passiv danebensteht und nur beobachtet, dann ist auch Blut an ihren Händen.» So einfach ist es mit der Moral, mit dem Völkerrecht und einer langfristig ausgerichteten grünen Politik für Freiheit, Solidarität und das Überleben auf diesem Planeten. Die Grünen stehen dafür ein. ■

Dorn im Auge

Redaktion BULLETIN

22

Demokratie ist ein allgemein verstandenes Grundrecht. Gerade in der Schweiz sind wir immer sehr stolz auf unser demokratisches System. Zu einer Demokratie gehört aber nicht nur das Abstimmen und Wählen. Das Recht auf Demonstrationen, Kundgebungen und sonstige politische Veranstaltungen ist absolut zentral. Eine Beschneidung dieser Rechte ist ein Angriff auf die Demokratie.

Solche demokratischen Rechte müssten auch in Zug gelten, doch in den letzten Jahren gab es Anzeichen, dass Veranstaltungen, welche man auf dem politischen Spektrum eher links verorten würde, mit Repression im Bewilligungsverfahren begegnet wurde. Die Strategien, solche Veranstaltungen zu behindern, waren vielfältig und beinhalteten unter anderem Folgendes:

- das Nichterteilen von Bewilligungen aus nichtigen Gründen
- das Verdrängen von Veranstaltungen auf unattraktive Plätze oder Routen
- das Verrechnen oder Androhen von Kosten (z.B. für Polizeibegleitung von Demos)
- punktuell verbale Ausfälle von Bewilligungsgeber*innen

Unattraktive Routen ...

Daran, dass Veranstalter*innen von Demonstrationen in Zug jeweils unattraktive Routen wählen müssen, damit der motorisierte Verkehr unter keinen Umständen tangiert wird, haben sie sich leider schon gewöhnen müssen. So war es auch an der nationalen Demonstration für Klimagerechtigkeit vom 14. November 2021 in Zug. Die Verwaltung hatte sich mit aller Kraft gewehrt, auch nur den kleinsten Abschnitt auf der Strasse durchführen zu lassen. Die Route war dann zum Teil äusserst schmal, z.B. entlang des Seeufers, was auch gefährlich hätte werden können. Für eine Kundgebung im April 2022 suchte «Strike for Future» einen Platz. Bevorzugte Plätze wurden verweigert mit dem Argument, man



Demonstrationen in Zug werden oft auf unattraktive (und potentiell gefährliche) Nebenwege geführt, wie hier bei der Klimagerechtigkeitsdemonstration im November 2021. Das soll sich in Zukunft ändern.

habe Angst, dass Passant*innen beim Durchgang gestört werden. Ebenso war der Frauenstreiktag vom 14. Juni 2019 von einer unattraktiven Routenwahl betroffen. Und auch die Alternative – die Grünen kann davon ein Liedchen singen. Jüngstes Beispiel waren die zahlreichen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine.

... und Behinderungen

Dem Komitee von «Strike for Future» wurde im Mai 2021 unter der Androhung von Kosten mitgeteilt, dass das Komitee, wenn die Demonstrierenden unter freiem Himmel mit Kreide malen würden, sofort nach dem Event die Strasse säubern müsse. Die Kosten dafür müsse das Komitee selber tragen. Ein andermal hatte die gleiche Organisation um eine Bewilligung für das Aufhängen von laminierten Papieren mit Infos gebeten. Man wollte einen Postenlauf organisieren. Die Absage wurde begründet mit: «Dann würden alle eine solche Bewilligung wollen und die Stadt wäre dann voller Papier.» Auch dass im Vorfeld der nationalen Klimagerechtigkeitsdemonstration zwei Personen auf dem Weg vom Bahnhof zum Demonstrationstreffpunkt in den Stierenstallungen unbegründet von der Polizei kontrolliert wurden, kann man «polizeiliche Willkür» nennen. Die verbalen Ausrutscher seitens der Behörden gegenüber den Bewilligungsnehmer*innen sind in dieser Auflistung noch nicht mitgezählt.

Demokratisches Recht

Das Demonstrieren auf der Strasse ist ein demokratisches Recht. Bewilligungen für politische Veranstaltungen sollen unkompliziert erteilt und kostenlos ermöglicht werden. Diese Forderungen werden nun in einem offenen Brief zusammengefasst und an die Abteilung Sicherheit und Verkehr der Stadt Zug weitergeleitet. ■

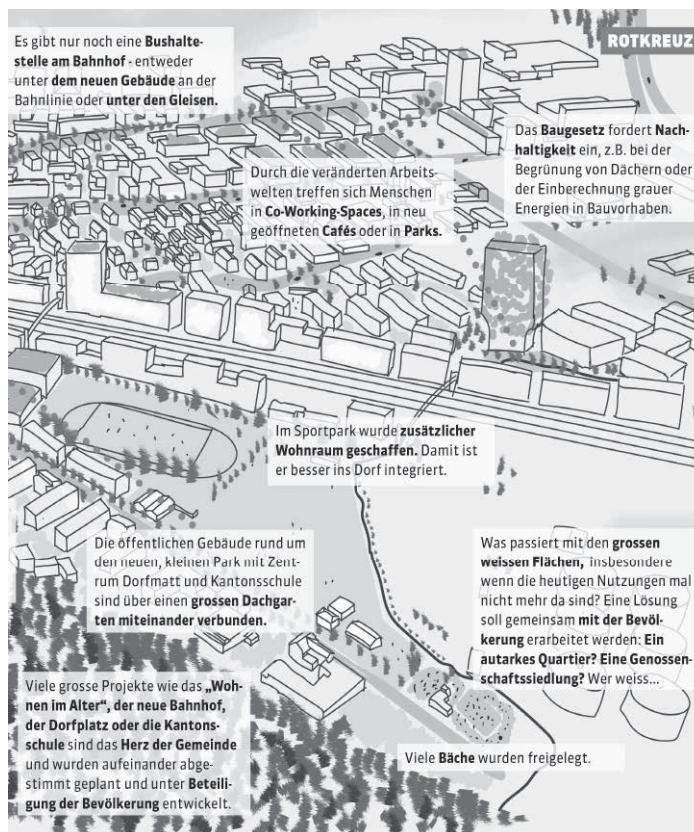
Mit-Wirkung

Redaktion BULLETIN

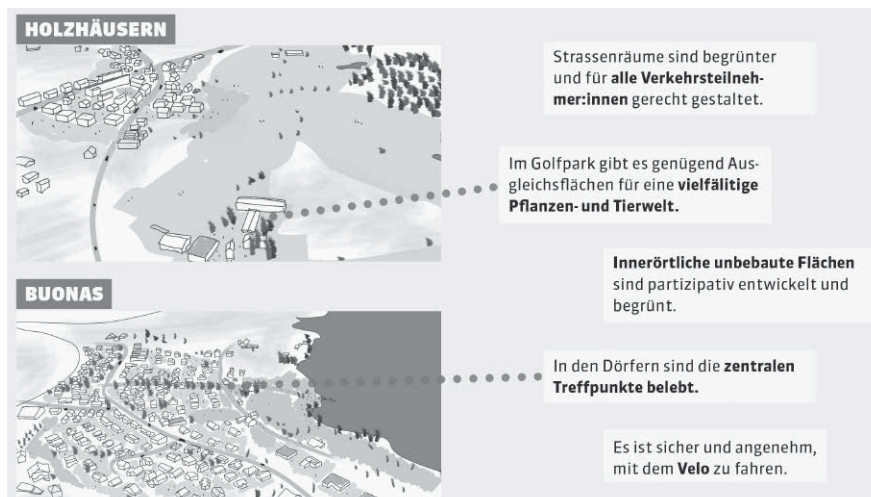
Im Zuge der Mitwirkung zur räumlichen Strategie der Ortsplanungsrevision der Gemeinde Risch-Rotkreuz haben die Grünen Risch-Rotkreuz ein Visionspapier präsentiert. Es enthält konkrete Ideen, wohin sich die Gemeinde in 20 Jahren entwickeln soll und zeigt mit seinem Titel «Wohin in 20 Jahren?» in die Zukunft.

Risch-Rotkreuz hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Während im Jahr 1980 erst rund 5000 Personen dort lebten, sind es 2021 an die 11000. Ein starkes Wirtschaftswachstum und eine Tiefsteuerpolitik führten zum Bau vieler Wohnungen und neuer Quartiere. Es fehlt aus Sicht der Grünen Risch-Rotkreuz eine Vision, wie die Zukunft der Gemeinde überhaupt aussehen soll. Ausserdem ist der Einbezug der Bevölkerung zu kurz gekommen. Aus diesem Grund werden in ihrem Visionspapier einige Ideen und Wünsche für die Zukunft aufgezeigt.

Den Grünen Risch-Rotkreuz liegt insbesondere ein sicherer Fuss- und Veloverkehr mit direkten Wegen am Herzen. Es ist darauf zu achten, dass weitere Grünflächen mit vielen Bäumen entstehen, um der Überhitzung entgegenzuwirken. Ansprechende Begegnungsorte sowie Temporeduktionen sollen die Lebensqualität in den Quartieren und Aussendörfern erhöhen. Zudem soll die Gemeinde bezahlbaren Wohnraum fördern und sich für nachhaltige Mobilitätsformen einsetzen. ■



Das Visionspapier regt an und will die Bevölkerung ermuntern, neue Ideen zu haben und sie gegebenenfalls zu verwirklichen.



Das Visionspapier integriert auch die weiteren Gebiete der Gemeinde. Hier zwei Beispiele dazu.



Genozid anerkennen

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

24

Zwei gleichlautende Postulate – zwei verschiedene Parlamentsentscheide. Den Genozid in Armenien hat das Parlament im Jahre 2003 anerkannt und den Bundesrat ersucht, die Anerkennung auf dem üblichen diplomatischen Weg weiterzuleiten. Beim Genozid in Bosnien hat das Parlament im Juni 2022 anders entschieden.

Im Juli 1995 wurden Tausende von Bosniakinnen und Bosniaken in Srebrenica ermordet. Das geplant und systematisch durchgeführte Verbrechen gilt als schwerstes Kriegsver-

brechen seit dem Ende der 1940er Jahre. Mit der Anerkennung des international anerkannten Genozids von Srebrenica durch die Schweiz wäre auch dieser Opfer gedacht worden.



brechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Sowohl der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien als auch der Internationale Gerichtshof bewerteten es in mehreren Urteilen als Völkermord oder Genozid.

Zusätzlich zum Genozid in Srebrenica kam es während des Bosnienkriegs 1992 bis 1995 zu den schlimmsten Massenvergewaltigungen in Europa

Bundesrat lehnt ab

Der Bundesrat lehnte mein Postulat ab mit der Begründung, er habe alle erwähnten Urteile anerkannt und dies wiederholt geäußert. Deshalb sei keine parlamentarische Anerkennung nötig.

Erster Einwand

Anlässlich der internationalen Gedenkveranstaltung mit dem Titel «25th Anniversary of the Srebrenica Genocide» vom 11. Juli 2020 benutzte der Bundesrat im Unterschied zu anderen Staatsvertretungen nicht den international anerkannten Begriff Genozid, sondern sprach konsequent von einem Massaker. Dieser Begriff wird aber weder dem gezielten Vorgehen der serbischen Täter noch dem Ausmass des Kriegsverbrechens gerecht.

Wenn wir also sicher sein wollen, dass der Bundesrat den international anerkannten Begriff Genozid – unabhängig von seiner Zusammensetzung – verwendet, muss das Parlament ihn dazu verpflichten. Dies wäre durch mein Postulat möglich.

Zweiter Einwand

Der Bundesrat behauptet, die vom Postulat vorgeschlagene Anerkennung

des Genozids sei nicht nötig, weil er den Genozid anerkenne. Aber abgesehen vom 25. Gedenktag, wo er es eben gerade nicht tat, spricht nichts dagegen, dass er parlamentarisch verbindlich anerkennt, was er laut eigenen Aussagen anerkennt.

Mit einer Anerkennung des Genozids in Bosnien würde die Schweiz ihr Engagement für die Menschenrechte und den Frieden unterstreichen, was gerade in der heutigen Zeit wichtiger ist denn je, und würde ihr Bekenntnis zur internationalen Gerichtsbarkeit bekräftigen.

Das Postulat hat denselben Wortlaut wie das Postulat «Anerkennung des Völkermords an den Armeniern im Jahre 1915». Damals war es aber ein Postulat aus der Mitte-Fraktion. Der Nationalrat hat es am 16. Dezember 2003 mit 107 zu 67 Stimmen gegen den Willen des Bundesrates angenommen. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion sowie Teile der FDP und der SVP haben 2003 zugestimmt. Es war und es ist kein parteipolitisches Anliegen.

Ende

Der Nationalrat hat im Juni 2022 mit 95:85 Stimmen bei 6 Enthaltungen mein Postulat abgelehnt. Warum? Weil es sich in Bosnien nicht um Christen handelte? Weil das Postulat nicht von der Mitte, sondern von den Grünen eingereicht wurde? ■

Das Protokoll zur Abstimmung

Wer hat im Nationalrat wie abgestimmt? Das Abstimmungsprotokoll finden Sie unter diesem Link.





Die Zuger Zeitung titelt: «Neuer Pass? Sechs Wochen Wartezeit». Sorgen haben die Leute. Auf derselben Zeitungsseite der reisserische Titel ««Fire!»: Bedrohlich beeindruckende Führung auf dem Gubel. Das Bloodhound-Museum Menzingen feiert 20-Jahr-Jubiläum». Im Text dann eine dramatische Beschreibung einer Szene, die ich mir lieber nicht so genau vorstellen will: Die vom Gubel aus abgeschossene Lenkwaffe «trifft das gegnerische Flugzeug und bringt es zum Absturz». Wo würde das Flugzeug abgeschossen und wo würden seine Trümmer zu Boden stürzen? Irgendwo in der ziemlich dicht besiedelten Schweiz! Vielleicht wollte das «gegnerische Flugzeug» nur über die Schweiz hinwegfliegen? Der Standort Gubel ist zwar heute ein Museum, aber die ganze Verteidigungs-ideologie ist noch dieselbe, ob es nun um Lenkwaffen oder um Kampfflugzeuge geht. Fast nahtlos passt das aktuelle Thema Neutralität dazu, vor allem der Teilaspekt Lieferung von Waffen und Munition. Wem dürfen wir was liefern, was dürfen Dritte liefern, wenn sie es bei uns gekauft haben? Setzen wir uns gemeinsam für eine einfache, langfristige Lösung ein: Keine Waffen produzieren. ■

Wo stehen wir nach fünf Jahren Energiestrategie? Am 21. Mai 2017 hat die Schweizer Bevölkerung Ja gesagt zur Energiestrategie 2050 und damit zur «Zeitenwende» in der Schweizer Energiepolitik. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES kommt in einem White Paper zum Schluss: Auch wenn sämtliche Zwischenziele der Energiestrategie 2050 erreicht wurden, genügt deren aktuelle Ausgestaltung noch nicht den Ansprüchen an eine nachhaltige Energieversorgung. Vielmehr droht die ganzheitliche Perspektive in der gegenwärtigen Debatte um die Zukunft der Energieversorgung abhanden zu kommen. Die SES ruft deshalb dazu auf, zur Vision zurückzukehren und den Weg hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu beschleunigen. ■

Um die Verkehrssituation in Agglomerationen und Städten zu verbessern und die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung gut aufeinander abzustimmen, unterstützt der Bund seit knapp 15 Jahren die Agglomerationsprogramme von Kantonen, Städten und Gemeinden. Für die vierte Generation schlägt der Bundesrat vor, insgesamt 32 Programme mit rund 1,3 Milliarden Franken mitzufinanzieren. Ein Schwerpunkt der mitzufinanzierenden Projekte

liegt beim Ausbau des Fuss- und Veloverkehrs sowie des ÖV. Weiter soll in Verkehrsdrehscheiben investiert werden, um den Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu vereinfachen. Der Bundesrat hat am 10. Juni 2022 die Vernehmlassung eröffnet. Wir sind gespannt, ob der Schwerpunkt Schwerpunkt bleibt! ■

Das Parlament hat in der Herbstsession 2020 beschlossen, die Verabschiedung einer Botschaft zur Einführung der Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019–2023 aufzunehmen. Anlässlich seiner Sitzung vom 25. Mai 2022 hat der Bundesrat die Eckwerte zur Individualbesteuerung verabschiedet. Die Vernehmlassung ist im Herbst 2022 geplant. Was lange währt, wird endlich gut? ■

Die REPUBLIK schreibt: «Die Grünen-Politikerin Nationalrätin Manuela Weichelt taucht mehrmals in den sogenannten sicherheitsrelevanten Datenbanken des Nachrichtendienstes auf. Darin verzeichnet ist unter anderem, dass die heutige Nationalrätin und frühere Zuger Regierungsrätin Mitglied des Organisationskomitees einer Demonstration gegen Glencore war, dass sie an einer Videokonferenz des

Zuger Gewerkschaftsbunds teilnahm und als Regierungsrätin eine Angestellte brieflich über eine Zulage informierte. Dies, obwohl der NDB Weichelt am 12. Mai 2022 mitteilte, sie sei «kein Ziel der nachrichtendienstlichen Beschaffungsaktivitäten» und werde «nicht als Bedrohung der inneren oder äusseren Sicherheit eingeschätzt». Hauptsache, wir haben einen Nachrichtendienst, der sich wirklich um alles kümmert! ■



26

Olga

Montag, 11. Juli
20 Uhr
Kino Gotthard

Die 15-jährige Kunstturnerin Olga trainiert 2013 im ukrainischen Nationalkader in Kiew, als auf ihre Mutter, eine regimekritische Journalistin, ein Attentat verübt wird. Aus Sicherheitsgründen schickt sie Olga in die Schweiz zu Verwandten des verstorbenen Vaters. Olga trainiert nun im Sportzentrum Magglingen für die EM. Als in Kiew der Maidan-Aufstand eskaliert, ist sie innerlich zerrissen zwischen ihrem sportlichen Ziel und dem Wunsch, ihre Freunde im Freiheitskampf zu unterstützen. Olga wird von der Turnerin Anastasia Budiashkina grossartig verkörpert. Ein spannender Einblick in den Spitzensport und die Entwicklung der Ukraine, vor Ausbruch des Kriegs. Gewinner des Schweizer Filmpreises 2022. Regisseur Elie Grappe ist anwesend für Q&A.

**Taming the Garden**

Montag, 12. September
20 Uhr
Kino Gotthard

Bäume sind wichtig für Umwelt und Klima. Sie prägen Landschaften und können Sinnbild für Heimat sein. Was, wenn uralte Bäume mit riesigen Wurzeln ihrem Standort entrisen und in einen Privatpark verpflanzt werden? Dies geschieht in Georgien, wo der ehemalige Premierminister seine Passion ungehemmt auslebt, indem er Bäume entlang der Küste aufkauft und als schwimmende Inseln transportieren lässt. Salomé Jashi hat die dramatische Baum-Migration mit der Kamera begleitet und entlässt den Zuschauer in eine surreale Welt, deren mystische Idylle nur durch dicke Stahlseile getrübt wird, die die grünen Riesen an ihrem neuen Standort festhalten. Moral und Ästhetik treten zwangsläufig in Konkurrenz zueinander. Produzent Vadim Jendreyko ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 6. Juli 2022
Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen
Ab 18.30 Uhr

ACHTUNG
Mittwoch, 3. August 2022
keine Monatsbar!

Mittwoch, 17. August 2022
Sommertreff der Alternativen – die Grünen Stadt Zug
Badeort Sagiplatz (unterhalb Haltestelle Widenstrasse, Oberwil)
18 Uhr

Samstag, 20. August 2022
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz

Mittwoch, 7. September 2022
Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen
Ab 18.30 Uhr

Samstag, 17. September 2022
Sponsoring-Lauf Wahlen 2022
Ab 15 Uhr Festwirtschaft
Bis circa 19 Uhr

Samstag, 17. September 2022
Wahlkampfparty Junge
Alternative Zug
Ab 21 Uhr, i45 Zug

Sonntag, 2. Oktober 2022
Gesamterneuerungswahlen
Kanton Zug

Mittwoch, 5. Oktober 2022
Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen
Ab 18.30 Uhr

Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch/event



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Delia Meier & Matúš Bielik
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 2, 2.7.2022
Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Luzian Franzini
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Berty Zeiter

Fotos: P. Gisler, N. Mijnsen

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,
100% Altpapier, Blauer
Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen
erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2022:
Freitag, 26. August 2022

Erscheinungsdatum
Samstag, 17. September 2022

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

